

Die 'Freiheit' erscheint morgens um nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die achtspaltige Kompartiments- oder sechs Raum kostet 5.- M. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Massen heraus zum Protest!

Montag, 5 Uhr: Demonstration auf dem Schloßplatz.

Arbeitendes Volk von Berlin!

Wieder ist einer unserer Besten dem bayerischen Mordregiment zum Opfer gefallen.

In berechtigter Empörung über diese ruchlose Tat treten unsere bayerischen Genossen auf den Plan.

Das gesamte Proletariat Bayerns blickt nach Berlin

und erwartet eure tatkräftige Unterstützung im Kampfe gegen die bayerische Konterrevolution.

Darum fordern wir die Groß-Berliner Arbeiterschaft auf, am Montag, 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf dem Schloßplatz ...

Unsere Forderungen sind:

Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen.

Aufhebung aller Sondergerichte, insbesondere der Volksgerichte in Bayern.

Entwaffnung der Einwohnerwehren, der Druckschützen und sofortige Auflösung dieser Organisationen.

Rücktritt der Rahrregierung.

Bestrafung aller Schuldigen an der Mordtat.

Anklageerhebung gegen Poehner und Escherich.

Unterstützt die bayerischen Proletarier, zeigt durch ein Nisenaufgebot, daß die Berliner Arbeiterschaft eins ist mit der Arbeiterschaft Bayerns.

Proletarier heraus!

Und zum Protest nach dem Schloßplatz!

USPD, Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Kritische Situation in Bayern

Die bayerische Arbeiterschaft steht im Generalstreik. Mit Genugtuung begrüßen wir es, daß endlich dort unten das Proletariat aus seiner Passivität herausgetreten ist.

Die Situation in Bayern ist sehr ernst. Der Mord war sorgfältig vorbereitet, die Flucht des Mörders gesichert und Herr Poehner braucht jetzt alle seine Mittel zur Bekämpfung des Generalstreiks.

Organisierte Mordtaten verfolgen weitergehende Zwecke. Die Anstifter mußten wissen, wach außerordentliche Erregung die Untat in der Arbeiterschaft hervorrufen werde.

Poehner tut alles, um diese Erregung zu steigern. Man hätte erwarten müssen, daß die Regierung und Polizei alles daran setzen würden, jede Provokation zu vermeiden.

Die Hintermänner des Mörders, ihr Komplize Poehner, wollen also provozieren. Zu welchem Zweck? In München fürchtet man, daß die Reaktionen einen neuen Staatsstreik versuchen wollen.

Wir haben das Vertrauen zur bayerischen Arbeiterschaft, daß sie sich nicht provozieren lassen wird, aber sie wird sich auch nicht einschüchtern lassen.

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins!

Als eines der vielen Opfer der reaktionären bayerischen Gewaltherrschaft ist der Arbeiterführer Gareis in heimtückischer Weise ermordet worden.

Arbeiter und Angestellte! Bereitet Euch für den entscheidenden Abwehrkampf vor!

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins!

Protestiert in voller Einmütigkeit gegen die reaktionäre Schreckensherrschaft in Bayern.

Um die Einheitlichkeit nicht zu stören, haben wir von einer besonderen Demonstration abgesehen.

Abend, Ortsartikel Groß-Berlin, Platan, Otto, Schifora.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, Cabath, W. Reimann.

Die Streiklage

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. Juni.

Die Städte Regensburg, Rosenheim, Traunstein, Trostberg, Kempton, Ingolstadt, Moosburg und Nürnberg stehen bereits im Streik.

In München wird die Straßenbahn noch von den gelben Beamten-Gewerkschaftlern bedient. Eine Versammlung der streikgewerkschaftlich organisierten Straßenbahner wurde heute vormittag von der Polizei aufgelöst.

In München ist alles ruhig, gegenteilige Behauptungen sind erfunden.

München, 11. Juni.

Der Münchener Stadtrat trat heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, worin die Fraktion der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten den Generalstreik für ungesetzlich erklärt.

Die Vorbereitung der Diktatur

Der „Kampf“ verboten!

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. Juni.

Der Verlag des „Kampf“, unseres Münchener Brudersorgans, erhielt heute abend 7 Uhr folgende Verfügung:

Auf Grund der Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern vom 8. 4. 1920 und vom 4. 11. 1919 über einseitige Maßnahmen nach Artikel 4 der Reichsverfassung erlasse ich folgende Anordnung:

1. Das Erscheinen der Tageszeitung „Der Kampf“ wird verboten.

2. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlage des „Kampf“ zur Last. — Gebühren bleiben außer Anschlag.

Gründe: Die Tageszeitung „Der Kampf“ hat die Ermordung des Abgeordneten Gareis zum Anlaß einer maßlosen Hege gegen die derzeitige bayerische Regierung benützt, so daß sowohl die Sonderausgabe vom 10. Juni 1921, wie auch die Nummer 133 vom 11. Juni 1921 beschlagnahmt werden mußten. Letztere Nummer enthält u. a. die verstoßene Aufforderung zum Mord, die Aufforderung zum Generalstreik, die Aufforderung zum Besuch einer verbotenen Versammlung. Wegen der letzteren wurde im Beschluß vom heutigen die Vorzensur über den „Kampf“ verhängt. Dieser Beschluß hat, wie die neu vorgelegte Sonderausgabe vom 11. Juni 1920 beweist, auf den Ton und den Inhalt keinen Einfluß. Auch hier wird die bayerische Regierung wieder der Mißachtung an dem Mord des Abgeordneten Gareis bezichtigt. Es wird zum Generalstreik aufgerufen und die Ausdehnung des Generalstreiks auf die Straßenbahnen und die lebenswichtigen Betriebe propagiert. Es ergibt sich hieraus, daß die angeordnete Maßnahme der Vorzensur eine nicht ausreichende Maßnahme war. Da zudem der „Kampf“ bereits längere Zeit vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Generalstreiks eine aufreizende Sprache geführt hat, wird das Erscheinen des „Kampfes“ mit sofortiger Wirksamkeit verboten.

Der Staatskommissar für München-Stadt und -Land, gez. Poehner, Polizeidirektor.

Der „Kampf“ ist also ohne Befristung bis auf weiteres verboten, solange es der Willkür des Herrn Poehner gefällt. Darauf ist zu bemerken: Die Beschuldigung, daß der „Kampf“ die Aufforderung zum Mord enthält, ist die Phantasie eines aufgeregten Polizeihirns. Bei Beschlagnahme der Restausgabe der ersten Sonderausgabe des „Kampf“ wurde eine Begründung überhaupt nicht gegeben. Bei der Beschlagnahme der heutigen Morgenausgabe wurden als Gründe angeführt: angebliche verstoßene Aufforderung zum Mord und zum Besuch einer verbotenen Versammlung, es wurde nicht die Aufforderung zum Generalstreik angegeben, obwohl in dieser Nummer die Münchener Arbeiterschaft zum Generalstreik aufgerufen wurde. Nach Verhängung der Vorzensur erging heute abend die oben zitierte Verfügung, die das Verbot ausspricht, nachdem der Polizei die heutige Sonderausgabe zur Einsicht vorgelegt worden war. Es ist nicht die Stellungnahme des „Kampf“ zur Ermordung des Genossen Gareis, sondern die zu Recht erhobene Beschuldigung gegen die Regierung Rahr als eine Regierung des nationalitistischen Terrors, die zum Verbot des „Kampf“ geführt hat. Die heutige Aktionsausgabe der „Münchener Post“, des rechtssozialistischen Organs, wurde von der Polizei beschlagnahmt. Die Münchener Postzeitungsgewaltigen gehen bewußt darauf aus, durch immer gesteigerte Schlitzen die Münchener Arbeiterschaft bis aufs Blut zu reizen, weil sie gern Gelegenheit haben möchte, die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes und der schärfsten Maßnahmen und der Einwohnerwehren zu beweisen. Hinter den Kulissen wird bereits darauf hingearbeitet, eine Diktatur Escherich-Engländer vorzubereiten. Die nächsten Tage können folgenschwere Ereignisse für München bringen.

Gefährliches Spiel

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. Juni.

Der „Regensburger Anzeiger“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, steht in der Agitation der Escherich und Engländer (dem bekannten alldutschen Oberst) einen Aufsatze über eine nationalitistische Diktatur. Das Blatt veröffentlicht eine Zuschrift, in der behauptet wird, daß politische

Kräfte am Werke seien, den ruhigen Gang der von Staatsnotwendigkeiten betriebenen Maschine kieren zu wollen (Entwaffnung der Einwohnerwehr). Es wird dann die Frage gestellt: „Ist es richtig, daß der bekannte deutschnationale Oberst Engländer in diesen Tagen bei den Führern des Verbundblocks erschienen ist mit der Forderung, Ministerpräsident von Rahr, der gegen Berlin so schwach und schlapp gewesen sei, müsse gestürzt werden? Wenn es nötig sei, müsse die Diktatur ausgerufen werden. Dafür sei Rahr aber nicht stark und rücksichtslos genug, das könnte nur Escherich oder er (Engländer) machen.“ — Das gleiche Blatt schreibt zu der Ermordung des Genossen Gareis: „Die Deutschvölkischen und ihre Organe, sowie der „Miesbacher Anzeiger“ (Bayerischen Volkspartei), die offen zur Sabotierung der Reichs- und Staatsgewalt auffordern, sind die eigentlich Schuldigen an dem Verbrechen, das ruerdings schweres Unheil über Bayern zu bringen droht.“

Interpellation der U.S.P.D.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat folgende Interpellation eingebracht:

„In der Nacht zum 10. Juni ist der bayerische Landtagsabgeordnete Gareis, Vorsitzender der Fraktion der U.S.P.D., ermordet worden. Der Täter ist entkommen. Es steht jedoch fest, daß das Verbrechen angezettelt wurde von den monarchistisch-militaristischen Kreisen, die sich unter Begünstigung der Rahr-Regierung in den Einwohnerwehren und Organisationsgruppen Waffen für ihre reaktionären Pläne geschaffen haben.“

Was gedenkt die Regierung zu tun, um:

1. eine ausgiebige Sühne für die Ermordung des Abgeordneten Gareis zu bewirken;
 2. die der Sicherheit Deutschlands im Innern und Neuern gefährdenden Einwohnerwehren und Organisationsgruppen zur sofortigen Auflösung zu bringen und ihre Entwaffnung zu sichern;
 3. in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen durch Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Volksgerichte?
- Was gedenkt sie
4. zu tun, um die verfassungswidrige, allen reaktionären Umtrieben in Bayern Vorschub leistende Rahr-Regierung daran zu hindern, weiteres Unheil anzurichten?

Die Unabhängige Reichstagsfraktion wird energisch verlangen müssen, daß diese Interpellation von der Reichsregierung sofort beantwortet wird. Die Erörterung der Bayernschmach verträgt keinen Aufschub.

Praktische Arbeit für die Einigung

Den Mord an unserem Genossen Gareis benützt die „Rote Fahne“ in ihrer Sonnabend-Morgenausgabe zu einer Rundgebung in den üblichen dicken Letzern. In dieser Rundgebung heißt es: „Jetzt ist es Zeit, einig zusammenzutreten und einig zu handeln!“

Die „Rote Fahne“ betreibt denn auch gleich praktisch die Einigung. Um die rechtssozialistischen und unabhängigen Arbeiter für die Einigkeit mit den kommunistischen Arbeitern zu gewinnen, schreibt die „Rote Fahne“ in derselben erwähnten Rundgebung:

„Die unabhängigen und sozialdemokratischen Führer waren es, die uns (die Kommunisten) ... verhöhten. Die U.S.P.D. ist Regierungspartei. Sie ist mitverantwortlich für die Taten der Regierung in ganz Deutschland.“

Hier wird also die U.S.P.D. wider besseres Wissen als Regierungspartei hingestellt und behauptet, daß die U.S.P.D. für die Taten der Regierung in ganz Deutschland mitverantwortlich sei. Die Rundgebung der „Roten Fahne“ läßt keinen Zweifel darüber, daß sie die Reichsregierung als mitverantwortlich erklärt, für die reaktionären Organe in Bayern, die bis zu dem neuen Mord an unserem Genossen Gareis entartete, womit denn die „Rote Fahne“ glücklich auch die Schuld der U.S.P.D. an dem Mord eines ihrer eigenen Führer zusammengewandelt hat.

Dann macht sich die „Rote Fahne“ daran, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebenfalls für die Einigung zu gewinnen. In derselben Nummer der „Roten Fahne“ steht

ein sensationell aufgemachter Bericht unter der Überschrift: „Die Berliner Arbeitslosen demonstrieren vor dem Gewerkschaftshaus.“ In dem Bericht wird ausgeführt, daß die Arbeitslosen erschienen waren, um die Gewerkschaftsvertreter „an ihre Pflicht zu erinnern“. Weiter heißt es: „Alle Redner (die für die Arbeitslosen sprachen) laßen sich von den Gewerkschaften verraten und von den Führern ansetzen.“ In diesem Ton geht es fort. Natürlich nur, um die Einigung der Arbeiter für den Klassenkampf gegen den Kapitalismus herbeizuführen, ist es notwendig, daß die Arbeitslosen von kommunistischen Führern gegen die Gewerkschaften gelehrt werden.

Aber der „Roten Fahne“ ist es bitter ernst mit der Einigung. Es genügt ihr nicht, die rechtssozialistischen, die unabhängigen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu gewinnen, sie will alle brüderlich umschlingen. Auch die Arbeiter der kommunistischen Arbeiterpartei.

In derselben Nummer der „Roten Fahne“, von der hier die Rede ist, sind 10 Fragen an die K.A.P.-Arbeiter gerichtet. Hierbei werden den K.A.P.-Arbeitern die schrecklichen Mittelungen gemacht, daß die Führer der K.A.P. „bewußt antibolschewistische Politik“ treiben, daß sie in ihrer Kritik gegen die Politik der Bolschewisten „alle Crispianischen Gründe“ vorbringen, und daß sie „Crispianischen und Levitschen Einstellungen“ unterlegen sind. Die K.A.P. wird von der „Roten Fahne“ — immer nur im Interesse der Einigung, versteht sich — ebenso beschimpft wie alle anderen Arbeiterparteien.

Nun, wer hat jetzt Lust, in die „Bruderhand“ einzuschlagen, die die kommunistischen Führer hinhalten? Haben wir nicht in einer einzigen Nummer der „Roten Fahne“ genug Beispiele dafür, wie ehrlich und ernst es den kommunistischen Führern mit der Einigung der Arbeiter ist?

Aufhebung von Ausnahmegerichten

Wie WTB. meldet, sind die außerordentlichen Gerichte in Arnsherg, Dortmund, Eibersfeld, Münster, Siendal, Aliona, Hensburg und Meiningen, wie dies der Reichsminister der Justiz im Reichstag in Aussicht gestellt hatte, aufgehoben worden, die Aufhebung weiterer außerordentlicher Gerichte steht bevor.

Es kann bei der teilweisen Aufhebung der Ausnahmegerichte nicht sein Bewenden haben. Wir fordern die völlige Beseitigung der Sondergerichte.

Keine Aufschübung!

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund der durch die Presse gegangenen Meldung, daß die Volkshastertkonferenz für die Aufhebung und Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren weitere Fristen in Aussicht genommen habe, hat die Reichsregierung sofort amtliche Erkundigungen eingezogen und die Mitteilung erhalten, daß die Nachricht unzutreffend sei. Die Volkshastertkonferenz hat sich in ihren letzten Sitzungen mit der Frage der bayerischen Einwohnerwehren überhaupt nicht befaßt und insbesondere eine Verschiebung des Termine nicht beschlossen.

Die Insurgenten rekrutieren

Seuthen, 11. Juni.

Eine Verfügung der Obersten Leitung der Insurgenten an alle Gemeindevorstände des von den Insurgenten besetzten Gebietes ordnet die sofortige Auflegung von Rekrutierungslisten der Jahrgänge 1892 bis 1901 an.

Der Kriegsbericht

Englische Truppen haben bei Ujeß die Orte Mesdromitsch, Rudziny und Laßcha besetzt. Die Kampfaktivität der polnischen Aufständischen hat heute wieder zugenommen. Im Kreise Kosenberg scheiterte bei Bachowich ein von polnischer Kavallerie unternommener Angriff unter schweren Verlusten der Insurgenten. Im Kreise Oppeln wurde eine deutsche Postierung von fünf Mann bei Zamocle, Stillsch Malapane, von Aufständischen überfallen. Zwei Mann wurden von den Polen verschleppt. Die verbliebenen Leichen der drei übrigen Deutschen sind aufgefunden worden.

Geistige Revolution

Von Karl Gareis

Im letzten Jahrbuch des „Jahres“ (Karl Wolff, Berlin, München 1920) hat der Herausgeber Dr. R. Hiller als politisches Dokument einen Brief unseres ermordeten Genossen Gareis vom August 1919 veröffentlicht, der uns einen Einblick in das Seelenleben und politische Denken dieses edlen und selbstlosen Menschen gewährt. Gareis lebte in den wenigen Intermissionen (da er wohl an den Fingern einer Hand abzuzählen), die aus dem Alltag nicht nur für ihn, sondern auch praktisch die Konsequenz waren, daß es Aufgabe der Intellektuellen sei, in inniger Zusammenarbeit mit dem Proletariat die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu zerlegen. Gareis war ein solcher letzter Vertreter dieses in Deutschland noch neuen Bewusstseins, er lebte dafür, er starb dafür. Wir lassen aus dem Brief die persönlichen und politischen Stellen weg, wodurch der Gedankengang umso klarer hervortritt.

Als das Erdbeben unser Gefängnis zum Einsturz brachte, das einzureißen wir selbst zu feig waren, habe ich versucht, ein Feld zur Betätigung für die hochsteigende Innenstadt zu finden. Ich habe diese dreiviertel Jahre ganz nach außen gelebt. Varietageagitor, Mitglied eines Arbeiterrates, Urruptor aller möglichen Verwaltungämter in einer kleinen Stadt, schließlich gestützt auf die öffentliche Zustimmung ohne jede Waffengewalt fast Diktator der Kleinstadt, dazu fast immer wieder in Berührung mit dem siedenden Brei der Großstädte, Delegierter des Rätekongresses, Zeuge jener tragischen April- und Mai Tage in München, daneben Tagkonferenzen für Schulreform, viel Zeitungsjournale, teilweise in allen diesen Rollen ganz zerlöst von dem Problem der Erlaubtheit der Gewalt, das ich für mich erledigt glaubte, und das nun als verführerische Fatale auf dem Weg zur Idee wieder auftaucht, immer untertönt in all diesem Lärm von der Sehnsucht nach reinlicher Einigkeit und geistiger Sauberkeit.

Ich habe aus eigenem Erlebnis dieser letzten Monate heraus den Eindruck, das ganze Schicksal, ob nun wirklich „Revolution“ das Hineinwälzen in Richtung des Paradieses sein soll, hängt an der Erfüllung dieser Forderung: die Geistigen müssen bedingungslos unter das Volk gehen und sich von ihm, von der Masse, dahin tragen lassen, wo sie hingehören, nämlich an die Spitze. Ich habe die Überzeugung, auf Grund meiner Erfahrung, sie würden dort hingetragen. Stürzt sich der Geist einmal in bedingungsloser Hingabe hinein in die Flut, er wird wieder auftauchen, und als Magnet alle die isolierten Massenteile in Linien nach seinem Geleite ordnen.

Wohlgibt es Widerstände, die hindern wollen, daß der Geist an den Platz geht, den ihm sein Schwur anweist; aber diese

Widerstände sind nicht unüberwindbar, und zum Wesen des Geistes gehört auch der langgespannte, wartende Wille. Diese Widerstände, vor allem der Staudamm, den diese stumpfsinnig-sleibigen Wiber von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern angelegt hatten, hat verhindert, daß die Novembertage zum wirklich entscheidenden Durchbruch des Menschlichen wurden. Aber er wäre damals weggeschwemmt worden, hätte eine wirklich gleichgerichtete Phalanx von Geistigen sich gegen ihn geworfen, und er ist durchlöchert worden von den wenigen Einzelnen, die dies getan haben. Haben doch die Geistigen allein die wirksame Waffe in der Hand, die schließlich alles zerklüftet: das ist das Wort, das Wort, das Geist und Tat wird.

Das ist der Kern meines Erlebnisses der letzten Monate: der Geist kann darauf rechnen, die Masse unter sich, unter sein Geleite zu binden, denn es gibt in der Masse eine Seite, die er anschlagen kann, zu der allen anderen nur Geschäftigen, Realpolitikern, der Zugang fehlt. Sie ist verstaubt und verkrüppelt, aber es braucht nur Mut zu sich selbst, und sie erklängt wieder. Das, was man Volk nennt, und am meisten die nicht mehr unter altherwürdigen Fahnen gebundene Masse der Großstädte besitzt noch die Fähigkeit, die den Bürgern ganz fehlt, den Geist zu erkennen, Urteil zu fällen, über seine Selbstlosigkeit und Reinheit.

Esner beweist das; es waren die stärksten Widerstände gegen ihn, die andere Geiste der fremden Masse, die Scheu vor diesem Umstürzer der festesten Tradition, diese Widerstände neu vervielfältigt durch das Vorgehen der öffentlichen Meinung, die in der Hand der „Bürger“ gebrochen war und trotzdem, wo Eisner persönlich vor eine Masse trat, und war das auch „Kleinstadt“, „Provinz“, da regte er; und der Eindruck: das ist einer, dem man glauben und gehorchen müsse, war da; wohl arbeiteten alle die verketteten Fremden des Bestehenden, dessen Eindruck auszurollen, — ich bin des festeren Glaubens, wenn Eisner nicht gefallen wäre, wäre längerer Wahn, er hätte sich durchgesetzt; was „Volk“ war, das wäre noch einmal geschlossen hinter ihm gestanden. Es ist nicht Eisner allein gewesen; ich habe bei Landauer, obwohl er sich nicht so einsetzte, das gleich beobachtet; da kamen die gegen ihn verhetzten Gewerkschaftler, und wenn sie den „Anarchisten“ gehört hätten, da waren sie alle ruhig geworden; der Eindruck war da, das ist ein Führer, der tiefer steht, als die anderen; draußen erst, da arbeitete ihr Frühstücksblatt dann wieder daran, den Eindruck allmählich auszurollen.

Es gehört Stärke dazu, tagtäglich eigenen Kontrast zwischen politischem und ästhetischem Leben am eigenen Leibe zu empfinden, und nicht vor der einen Forderung zugunsten der anderen zu kapitulieren. (Vergleiche einen ähnlichen Gedankengang in den Briefen von Rosa Luxemburg. Ann. d. Red.) Aber ich glaube,

nur wer schließlich diese Fähigkeit besitzt, sich der Forderung des Tages hinzugeben, ohne dabei sein Selbst zu verlieren, der zählt zu den Aktivisten. Es ist ja dieses „zum Volke gehen“ nicht nur ein Hingeben, es ist auch ein Herausheben. Ich glaube, zum Führer gehört auch die Fähigkeit des Heraushebens. Wohl ist in dem/herkömmlichen Begriff Masse viel schwammig-schwimmbelhaftes, aber ich glaube, es gibt doch etwas, diesen Begriff rechtfertigendes Reales.

Nirgendes ist die Brücke der Sprache zwischen Volk und Geistigen schon längst so abgerissen wie in Deutschland; der mangelhafte intellektuelle Einschlag im deutschen Sozialismus, im Gegensatz zu Frankreich und Italien, erklärt sich dadurch. Nur in Deutschland kann deswegen auch von den berechtigungslosen Führern das Schlagwort „Literat“ so ausgedeutet werden. In Frankreich ist die Stimmung der Masse überschätzende Achtung der Stilkunst; bei uns kann der Masse gegenüber immer noch „Literat“ mit „politisch Unfähigem“ gleichgesetzt werden. Ich habe die Überzeugung, wenn wir heute Ernst machen, jeder sich nicht abseits vom Leben des Alltags, sondern mitten darin seinen Platz sucht, und mit zusammengebissenen Zähnen aushielte, in dreißig Jahren würde die Zeit unseres Aufgangs kommen, und wir würden die jetzige sogenannte „Intellektuelle“ zerlegt und verjagt haben. Man trete durch das Wort in Versammlungen, in der Tagespresse in unmittelbarem Umgang mit der Masse in Verbindung; man wird von selbst dahin getragen werden, wo sich Gelegenheit zur Aktion bietet. Die Aufgaben, die dem Richterstuhl des Geistes unterliegen, werden ganz von selbst dann dem Mandatar des Geistes zufallen; ich weiß aus Erfahrung, daß die Korrekturen, die proletarische Vertreter dabei machen, immer in der Richtung der größeren Folgerichtigkeit gegenüber der Idee liegen, und daß für uns, die wir immer noch zu stark mit Historismus und Relativismus befallen sind, ein solcher Korrekturantrieb nur reinigend wirkt.

Irgendwem gemeinsamen Schicksalsplan, der auch die nächsten Schritte in Klarheit tun läßt, mühten wir haben; er mühte elastisch sein, würde er aber von der Phalanx der Geistigen befolgt, wir würden letzten Endes immer die Dinge nach unserem Sinne biegen, genau so wie früher das Priestertum die Zeiten nach seinem Willen gezwungen hat.

Schon ist es fraglich, ob nicht kostbare Zeit verloren, ob nicht schon wieder eine der Weltänderung unfähige Generation der Seelen herauszieht. Und deswegen bitte ich: Ruft die Phalanx der Geistigen auf zu solchem „Untergang“ im Volk, im Leben, im Alltag; es wird die Vorbereitung der wirklichen Morgenröte sein, die wir heißer als je erhoffen.

Ramdohr freigesprochen

Die Kaserne lebt und herrscht in Deutschland

Im Prozeß Ramdohr vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde heute nachmittags 1 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

In der Begründung des Urteils wird u. a. angeführt: Der Angeklagte war dringend verdächtig, jugendliche Personen, um sie zu einem Geständnis zu bringen, mißhandelt zu haben. Das ist ein durch § 343 des Strafgesetzbuches mit schwerer Strafe bedrohtes Verbrechen. Aber ein ausreichender Beweis für einen bestimmten Einzelfall ist nicht erbracht. Ein Teil der Zeugenaussagen konnte ja dazu führen, eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Beschuldigung anzunehmen, aber gerade die Gleichmäßigkeit der Beschuldigungen und der Umstände, daß verschiedene Zeugen bewußt unwahr ausgesagt und Vorgänge geschildert haben, die erwiesenermaßen nicht vorgekommen sind, mußte dazu führen, die Feststellung eines strafbaren Tatbestandes als ausgeschlossen erscheinen zu lassen. Die Glaubwürdigkeit der vernommenen Zeugen ist infolgedessen auf ein bestimmtes Maß zurückgegangen. Andererseits haben glaubwürdige Zeugen festgestellt, daß sie niemals Mißhandlungen bemerkt haben, und der Zeuge Schwarz hat ausgesagt, daß Ramdohr ihm gegenüber nicht vorgebracht worden sind. Es kann deshalb angenommen werden, daß Mißhandlungen erheblicher Art nicht stattgefunden haben. Es genügt nicht, daß der Angeklagte nicht schuldig ist, sondern es muß geschehen sein im Sinne des § 343. Scheidet dieses Verbrechen aus, so kann die weitere Anklage, daß er die Zeugen widerrechtlich der Freiheit beraubt habe, nicht als erwiesen angesehen werden. Obgleich es sich um eine Festnahme nach der Strafmündigen berechtigt, wenn er durch diese Festnahme weitere Straftaten verhindern wollte. Daß die Abführung des Angeklagten leitete, ist nicht zu widerlegen. Jedenfalls war er fest davon durchdrungen, daß er belugterweise handelte, wenn er die Jugendlichen festnahm und sie zur Ablieferung an die zuständige Behörde festhielt.

Das Urteil ist ein Tendenzspruch allerersten Ordnung. Es empfängt seine Tendenz von der bei allen deutschen Reaktionen üblichen Billigung alles dessen, was aus preußisch-militärischem Geist geschieht. Wenn die Urteilsbegründung sagt, es seien keine entscheidenden Zeugen wider Ramdohr aufgetreten, so muß darauf erwidert werden, daß jener Geist als Belastungszeuge vor den Augen aller steht, die das Etappenleben kennen gelernt haben. Jeder, der den Krieg erlebt hat, würde beim Lesen der Prozeßberichte an tausend Vorgänge erinnern, die er selbst beobachtet hat. Die Feststellung eines strafbaren Tatbestandes mußte ausgeschlossen erscheinen, wenn die Beweismittel, die die gesamte Tätigkeit der Dienststellen in den Etappen einen einzigen „strafbaren Tatbestand“ darstellten. Gewiß mögen Zeugnisse jugendlicher Unfährer erscheinen. Aber was, was ausgesagt wurde, paßt so haarsträubend zum Bilde der preußischen Kaserne, die alle ihre Scheußlichkeiten im Etappengebiet zur höchsten Vollendung gesteigert hat, daß die Wahrheit der befallenden Befindungen gar nicht zweifelhaft sein kann. Und der Spruch der Leipziger Richter hat wiederum gezeigt, daß dieser Kasernengeist in Deutschland noch lebendig ist und herrscht. Das zeigt sich auch daran, daß das Leipziger Gericht Soldaten und Unteroffiziere ohne Bedenken verurteilt, Offiziere und Bourgeoisiesprößlinge dagegen mit gewundener Begründung freispricht, obgleich der Anklageerzähler, der doch auch ein Jurist ist, weit einschneidendere Gründe für eine Verurteilung vorgetragen hat. In ihrem Klassenurteil befanden sich diese Richter nicht, daß dieses durchsichtige Verhalten, diese Bedenken preußischer Kasernenschußlichkeiten dem deutschen Volke im Ausland von neuem den schwersten Schaden zufügen muß.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Spitzenverbände

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns eine Darstellung mitgeteilt, aus der die Maßnahmen hervorgehen, die bisher zur Erfüllung der zehn Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen worden sind. Danach hat das Verkehrsministerium im ganzen für 16 Milliarden Mark Aufträge vergeben, von denen die meisten auf rollendes Material, Lokomotiven und Waggons entfielen. Es wurde eine von den Gewerkschaften gebildete Kommission der Behörde als Beirat bei der Auftragsvergabe zur Seite gestellt. Weiter sollte am Sitz einer jeden Eisenbahnlinie eine Kommission für den gleichen Zweck eingesetzt werden. Diese Kommissionen sollen herangezogen werden zur Überwachung bei der Durchführung der Forderungen 1-4 des A. D. G. B. Sie sollen ferner bei der Beschaffung von Arbeitskräften mitwirken und Beschwerden entgegennehmen. Auch diese Maßnahmen mußten gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden. Die Kommission beim Reichsverkehrsministerium hatte am 1. Juni 1921 und einen Situationsbericht entgegengenommen.

In Verbindung mit dem Arbeitsministerium versuchen die Gewerkschaften weitere Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung durchzuführen. Die Darstellung des A. D. G. B. schließt: Dies ist der Gang der Dinge, soweit der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes daran beteiligt ist und es ist zu erwarten, daß dieser Gang den Arbeitslosen zu langsam erscheint. Das ist aber nicht die Schuld der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, denn diese haben es in den Händen nicht fehlen lassen. ... Bei alledem dürfen wir jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß die Bemühungen der Spitzenverbände allein noch nicht genügen werden, die Arbeitslosen unterzubringen. Die in Arbeit stehenden Genossen müssen ebenfalls zur Hilfe herangezogen werden, und zwar mehr als es bisher geschah ist. — Wo es irgend möglich ist, muß dort, wo noch voll gearbeitet wird, die Arbeitszeit vergrößert werden, entsprechend den Forderungen 6 und 7 des A. D. G. B. Es ist dringend notwendig, daß die Arbeitslosen, die noch voll beschäftigt sind, ihren arbeitslosen Kollegen das Opfer bringen. ... Die Arbeiterbewegung, die Sozialisierung der Produktion; gegenwärtig handelt es sich jedoch vor allen Dingen darum; der nächsten, größten Not zu wehren. Wo zu diesem Zwecke die Allgemeinheit und nicht zuletzt auch das Unternehmertum in Anspruch zu nehmen ist, da muß es selbstverständlich ebenfalls geschehen. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden es an Bemühungen in dieser Richtung nach wie vor nicht fehlen lassen.

Aus der Darstellung geht hervor, daß die gewerkschaftlichen Spitzenverbände — der Asabund war bei allen Schritten beteiligt — in ihren Bemühungen wohl nicht nachgelassen haben, aber die vom A. D. G. B. selbst zugeständene Langsamkeit des Tempus beweist aufs Neue, daß die staatliche Bureaucratie viel zu unbeweglich ist, als daß sie den Arbeitslosen entscheidende Hilfe bringen könnte. Auch die Wahrung an die Vorkarrierenden zur weiteren Verklärung der Arbeitszeit dürfte erst dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn die Staatsgewalt es fertig gebracht hat, die Unternehmer entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften zur Zahlung eines Teiles des durch Kurzarbeit entstehenden Lohnausfalles zu zwingen. Dafür muß gesorgt werden, und falls die Besetzung des Bauarbeitermangels vor allem herbeigeführt

werden durch Maßnahmen mit Hilfe der für diesen Zweck bereitstehenden Baugewerkschaften. Wir erinnern von neuem an die von unseren Genossen im Reichstag gegebenen Anregungen, die einer fruchtbareren produktiven Erwerbslosenfürsorge zahlreiche Möglichkeiten gezeigt haben.

Erhöhung der Versorgungsgebühren

Die Teuerungszulage, die den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu den Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt wird, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 v. H. auf 35 v. H. erhöht worden. Vom gleichen Zeitpunkt ab sind die Grenzen des Jahreseinkommens, die bisher für das Ruhen der Versorgungsgebühren galten, um je 2000 Mark heraufgesetzt worden. Während also früher die Kürzungen der Versorgungsgebühren schon begannen, wenn man nach Abzug der Versorgungsgebühren von seiner ganzen Jahreseinnahme mehr als 5000 Mark steuerpflichtiges Einkommen behielt, beginnen jetzt die Kürzungen erst, wenn man bei gleicher Berechnung noch 7000 Mark steuerpflichtiges Einkommen übrig behält. Ferner ist auch die Bestimmung, wonach die Elternrente nur gewährt werden durfte, wenn das Jahreseinkommen nicht über 1500 Mark hinausging, durch Erhöhung der Einkommengrenze auf 3000 Mark geändert worden. Die sich aus diesen Neuregelungen ergebenden Nachzahlungen sollen mit größter Beschleunigung erfolgen. Gleichzeitig mit ihnen werden auch die Erhöhungen der Ortszulagen ausgehäufigt, soweit solche nach der neuen Ortsklasseneinteilung mit Wirkung vom 1. April 1921 den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen etwa zustehen.

Der Domänenetat im Hauptauschuß

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wurde am Sonnabend der Etat der Domänenverwaltung beraten. Der Berichterstatter, Abg. Weilermehl (Dnat.), betonte, daß ein starker Eingriff in die Privatrechte der Domänenpächter auf Grund der durch die Landesversammlung angenommenen Haftschuldordnung stattgefunden habe. Der Rechtssozialist Peters kritisierte die geringen Ertragsnisse der Pachtungen. Er forderte Erhebung des Pachtpreises in Natura. Einbeichungsarbeiten und sonstige Arbeitsmöglichkeiten müssen geschaffen werden, um dadurch Boden zu gewinnen. Die hohe Sehnsucht nach Siedlungen scheint bei den Rechtssozialisten merklich abgeflacht zu sein. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, u. a. Kaufhold (D. Volksp.) traten als scharfe Gegner der Selbstbewirtschaftung und der genossenschaftlichen Landbewirtschaftung auf. Der vorliegende Etat zeigt, daß man Liebesgaben für die Domänenpächter, aber nichts für die arbeitende Bevölkerung übrig hat. Die Vertreter unserer Fraktion kommen in der weiteren Debatte am Montag zu Wort.

Die staatlichen Verbildungsanstalten

Wiederholt hatten wir in unserem Blatte verlangt, daß die ehemaligen Kadettenanstalten, die seit Frühjahr 1920 das verheerungsvolle Firmenschild „Staatliche Bildungsanstalten“ tragen, in erster Linie für begabte, strebsame Kriegswaisen ohne Unterschied des Standes und der Konfession eröffnet würden. Nunmehr hat der Reichstag endlich dahin befunden, daß sich eine Kommission auf die Soeden macht, um die Verhältnisse an den Anstalten Lichterfelde und Potsdam zu beugen. Demnach soll über das weitere Geschick der staatlichen Bildungsanstalten entschieden werden. Hoffentlich wird die Hilfe ferner, um dieses El des Kolonius auszubreiten!

Was zum heutigen Tage befinden sich die ehemaligen Kadettenanstalten gleich Domänen im Besitz derselben Kreise, die dem Volk das Wort aus den Knochen zogen und die Mark aus der Tasche zogen. Zwar sind die blühenden Uniformen heute verstaubt, aber Schiller, Lehr- und Lernmaterial ist daselbst geblieben. Und das Reich bezahlt fast alles — genau wie früher! Ein paar Kompromißschulen hat man so ehren- und schandenhalber aufgenommen; sowas kennt man ja!

Wir fragen hier in der Öffentlichkeit an: was ist aus all den vielen, vielen Unteroffizierschulen, Vorkursen, Kadettenanstalten, Marineschulen etc. geworden? Wo zu dienen sie heute? Wo dienen sie heute? Warum sind lediglich die Kadettenanstalten wie früher auf Staatskosten Kadetten von Betten, Bettwäsche, Bekleidungsstücken jeder Art, Lehr- und Lernmitteln und Gebäuden? Warum wird von diesen Kreisen solange an den Beständen geharrt, bis nachher für die übrigen nichts mehr da ist? Ist das sozialistisch? Hat nicht der Staat oder das Reich genau dieselbe Verpflichtung, für ein Arbeiterwaisenkind zu sorgen, dessen Vater als Landsturzmann abgemalt wurde, wie für den Majorssohn, dessen Papa auf dem Felde der Ehre fiel? Es wird in unserer Zeit immer von Neuland, von Aufbau, von innerer Kolonisation geredet und wie die schönen Schlagwörter alle heißen! Hier ist ein weites Arbeitsfeld! Taten wollen wir sehen! Ihränen haben wir genug gehört.

Während den zwei Dutzend vielgeliebten Landesfürsten viele Millionen nachgeschmissen wurden, während mit Millionen anderweitig nur so jongliert wird, verkümmern proletarische Kriegswaisen zu Tausenden körperlich und geistig. Recht eindringlich möchten wir der Reichstagskommission, die über das fernere Geschick der staatlichen Bildungsanstalten zu entscheiden hat, zurufen: Sorgt endlich in sozialem Sinne für unsere Proletarierkriegswaisen!

Die weittragenden Geschüge

Wir hatten in unserem gestrigen Abendblatt davon Kenntnis gegeben, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission Beweise dafür verlangt, daß die deutschen weittragenden Geschüge wirklich zerstört worden sind. Darauf wird offiziell bekanntgegeben, daß die Anfrage wie folgt beantwortet wurde:

Während des Krieges sind im ganzen 7 sehr weittragende Geschüge erbaut worden. Von ihnen sind 4 während des Krieges unbrauchbar geworden und zerstört worden. Bei Kriegsabbruch waren noch 3 solcher Geschüge vorhanden, von denen ein Rohr Ende April 1919 in Eisen zerschnitten, das zweite am 18. November 1919 auf dem Versuchspfad Meppen gesprengt, das dritte am 22. November 1919 in Magdeburg zerschnitten worden ist. Die Teile dieser drei Rohre sind verschrottet.

Von der eigenen Schwere erdrückt

Die Wirkung der amerikanischen Währungsverhältnisse

Das Gewicht der Dollarmährung erdrückt die Währungen und damit die Wirtschaft aller anderen Länder, um schließlich mitsamt der Wirtschaft des eigenen Landes im Währungsumpf der Welt zu erstickern. Der Dollarkurs steigt. Die Forderung der Entente, die von Deutschland an sie zu zahlenden Wiedergutmachungssummen in Dollar zu entrichten, hat den Dollarkurs noch weiter in die Höhe getrieben. Ueber Amerika gibt es jetzt kein Land mehr, das seine Währung mit Gold halten kann. Der hohe Dollarkurs aber macht es Amerika immer schwieriger, seine Waren auf den Weltmarkt zu bringen. Der niedrigere Reallohn in den schwachen Ländern bereitet der amerikanischen Industrie

immer größere Schwierigkeiten, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Die ganze Welt macht gegenüber Amerika in Dumping und jede Schutzmaßnahme, die Amerika dagegen unternimmt, schwächt die Dumpingländer. Mit der Abgangsmöglichkeit auf dem amerikanischen Markt werden diese aber auch immer mehr als Abnehmer Amerikas ausgeschaltet. Ein Keil treibt den anderen. Diese Tatsache, die immer klarer in die Erscheinung tritt, entlockte vor einigen Tagen dem Präsidenten Harding in einer in New York gehaltenen Rede unter anderem folgenden Stoßseufzer:

„Amerika lernt allmählich, daß ihm Erschütterungen auf dem Währungsgebiet Hilfe bringen müssen. Aus diesem Grunde möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Tendenz der Welt, uns ihr Gold abzuleiern, aufhören möge. Ueber den Punkt der für unsere Währung notwendigen Golddeckung hinaus wäre es besser, wenn das Gold, das hier in unserem Lande sich befindet, in den Gewässern der großen Banken des Auslandes läge als Grundlage für eine Goldwährung und für das natürliche Gleichgewicht zwischen den Währungen, das eine Lebensfrage für den internationalen Handel ist. Ich bin fest davon überzeugt, daß es eine der Hauptaufgaben Amerikas ist, die Goldwährung überall zu sichern.“

Amerika lernt, sagt der Präsident. Aber es hat bisher durchaus nicht gezeigt, daß es dieser Erfahrung gemäß handeln kann. Wenn aber Amerika sich nicht in ausgiebigem Maße dazu versteht, durch langfristige Anleihen die Währungen der valutochwachen Länder zu stützen und zu heben, wird das Währungschaos noch lange, lange weiter bestehen, und mit ihm alle die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich daraus für die gesamte Welt ergeben.

Der Kampf um das Leipziger Volkshaus

Die „Ärderung“ der blutigen Kapptage in Leipzig war die Niederbrennung des Volkshauses durch die Reichswehr, das von den Kosaken erst mit Artillerie und dann mit Handgranaten gekürrt wurde, obwohl es nicht verteidigt wurde. Das Volkshaus wurde dann von den Soldaten geplündert und schließlich planmäßig angezündet.

Trotz des erdrückenden Beweismaterials über diese Brandstiftung hat die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen vorräuflicher Brandstiftung abgelehnt. Es sollte verhindert werden, daß der Volkshausabfall im vollen Umfang — das hätte bei einer Verurteilung geschehen müssen! — vom Militärkosas erlegt werden müsse. — Nach dieser Ablehnung konnte das Volkshaus nur Schadenersatzansprüche nach dem Tumultschadengesetz erheben. Das hat es auch getan. Jetzt endlich wird vor dem zuständigen Ausschuh über diese berechtigten Ansprüche verhandelt und man will sie als unberechtigt abweisen.

Die Volkshausverwaltung bittet darum alle Arbeiter und Parteigenossen, die über die Zerstörung des Volkshauses Angaben machen können, diese sofort der Volkshausverwaltung Leipzig mitzuteilen. Es werden auch die Zeugen um Mitteilung ersucht, die sich bereits in dieser Angelegenheit durch Zuschriften an die „Leipziger Volkszeitung“ gewandt haben oder deren Meldungen veröffentlicht worden sind. Die Meldung der Zeugen muß sofort geschehen, da bereits der nächste Verhandlungstermin am 15. Juni stattfindet. Die Untoren für die Zeugen bei der Volkshausverwaltung.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, hat zum Nord an Garrels Stellung genommen, und ihren Absicht gehen diesen neuesten Akt des weißen Terrors bedauert.

Revision im Prozeß Teilerian Der Prozeß wegen Ermordung des früheren türkischen Großveziers Talaat Pascha dürfte möglicherweise eine Wiederaufrollung erfahren. Gegen das freisprechende Urteil ist jetzt, bevor es Rechtskraft erlangt, von der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt worden. Hebrigen ist gegen Teilerian, der sofort aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, auch die Ausweisung als lästiger Ausländer beantragt worden.

Verlängerung der Winterunterstützung der Erwerbslosen. Entsprechend einem neuerlichen Beschluß der Reichsregierung hat der Reichsarbeitsminister die Geltung der gegenwärtigen Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge, die ursprünglich nur für die Wintermonate gelten sollten, um einen weiteren Monat, also bis 31. Juli 1921 verlängert.

Folgen der Moskauer Paritätensaganda. Aus Paris wird gemeldet: Bidogary drang in Begleitung von zwanzig Personen in der Nacht in das Haus des Eisenbahnerverbandes ein, entsetzte drei Anhänger der extremen Partei, welche die Türschlüssel und nahm mehrere umfangreiche Pakete mit. Den Mitgliedern des Bureaus der Extremisten gelang es heute mittig wieder in das Gebäude zu kommen, indem sie ihren Weg durch den Keller nahmen. Sie nahmen das Inventar auf und beschuldigten Bidogary, die Kartothek, Schreibmaschinen und 5000 Verbandsmarken mitgenommen zu haben.

Einführung des Achtstundentages in Belgien. Die belgische Kammer hat mit 121 gegen 7 Stimmen das Gesetz betr. die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und der 48stündigen Arbeitswoche angenommen.

Deutschnationale Bauernfängerel. Die deutschnationale Landtagsaktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß ein Gesetzentwurf über die Beteiligung der industriellen Arbeiter an den industriellen Unternehmungen und deren Erträgen baldmöglichst dem Reichstage vorgelegt wird.

Aus der Wirtschaft

Geschäftsabschluss der Meber Hütte

Die Meber Hütte verteilt für das Geschäftsjahr 1920 50 Prozent Dividende gegen 40 Prozent Dividende und 10 Prozent Bonus im vorhergehenden Jahre. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß inzwischen das Aktienkapital von 15 auf 40 Millionen Mark erhöht ist. Also hat 7,2 Millionen Mark für 1919, 20 Millionen Mark 1920. Der Betriebsüberschuh betrug 1920 reichlich 29 Millionen Mark, 1919 waren es 12 1/2 Millionen und 1918 über 8,8 Millionen. Die Abschreibungen für die gleichen Jahre waren 6,9 Millionen, 4,2 Millionen und 2,9 Millionen Mark. Während des Krieges hatte das Reich 17,2 Millionen Mark dem Unternehmern auf Grund des Hindenburgprogramms gegeben. Im Jahre 1919 verlangte die Regierung Bauer die Verstaatlichung des Unternehmens. Für die 15 Millionen Mark Aktienkapital wollte das Reich 67 1/2 Millionen zahlen. Die Kapitalisten lehnten ab. Das Reich bekam für seine 17 1/2 Millionen 5 Millionen Mark in Aktien, nachdem das Kapital auf 20 Millionen erhöht war. Im Jahre 1920 wurde das Aktienkapital um weitere 20 Millionen Mark erweitert. Die Inhaber der alten Aktien erhielten auch die neuen, und zwar zum Parikurse.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxussteile

Zahn-Praxis Hatwani, Danziger Straße 1.

Die Welt des Films

3. Die wirtschaftliche Bedeutung der Filmindustrie

Von Ricardus.

Vergleiche die vorangehenden Artikel in den Heftblättern vom 6. und 8. Mai

In meinem ersten Artikel „Vom Leinwandzelt bis zum Marmorpalast“ habe ich ausgeführt, wie das Kino in kurzer Zeit eine rapide Entwicklung erlebt hat, wie in wenig Jahren aus einer unscheinbaren Pflanze ein Baum erwuchs, der seine Zweige weit über das Land streckt.

Welche großen Kapitalien heute in der Filmindustrie investiert sind, geht am besten daraus hervor, daß der größte deutsche Konzern, die Ufa (Unterfilm-Gesellschaft), die eine Anzahl Fabriken, Verleihanstalten und Theater ihr eigen nennt, in diesen Tagen ihr Aktienkapital von fünfundsiebenzig auf hundert Millionen Mark erhöht hat. Diese Erhöhung an sich entspricht zwar der allgemeinen Geldentwertung, denn die Firma ist Ende des Jahres 1917 gegründet, aber es geht doch daraus hervor, daß in Deutschland die Filmindustrie heute vielleicht dreihundert Millionen wert ist.

Die Jahre der höchsten Entwicklung waren wohl die von 1912 bis 1919. Auf der einen Seite durch die während des Krieges erfolgten Tanzverbote begünstigt, wurde ihr auf der anderen Seite besonders in den letzten Jahren durch fortwährend erhöhte Zölle für Kinoleinwand ein Hemmnis angelegt. Diese Steuern haben wohl hier und da einen schwächeren Theaterbesitzer genötigt, sein Kino zu schließen, vermochten im allgemeinen aber der Branche ihre Lebensfähigkeit und ihre Lebenskraft nicht zu nehmen.

Wie in den Entwicklungsjahren des Films Theater über Theater entstand, so waren — damit gleichen Schritt haltend — alle Tage Neugründungen von Filmgesellschaften zu verzeichnen. Manche hatten allerdings weder die innere Veranlassung noch die Fähigkeit zum Leben und sind auch wieder von der Bildfläche verschwunden, aber heute in Berlin, vom Halleschen Tor die Friedrichstraße bis zur Zimmerstraße gehend, die Firmenschilder liest, wundert sich doch über die große Anzahl der Filmgesellschaften. In der Tat finden heute in der Filmbranche viele Tausende Arbeiter der verschiedenartigsten Berufe ihre Beschäftigung, und auch in den Zeiten des Uberganges, als der gesamten übrigen Industrie die Unternehmungslust fehlte, und da sich alle abwartend verhielten, hat die Filmindustrie kaum Ploß gehalten. Man muß auch feststellen, daß Filmleute mit die ersten waren, die wieder internationale Beziehungen suchten.

Die Filmleute sind ein Volk für sich, sagte vor kurzem ein Mann, der nicht nur mit dieser, sondern auch mit vielen anderen Branchen zu tun hat. Vielleicht hat er recht. Es scheint wirklich eine kleine Welt für sich zu sein, die Filmwelt. Und wie es in jeder neuen Welt geht, haben dort viele ihr Glück gemacht, während andere zu spät kamen oder nicht den rechten Wegemut hatten. Einzelne haben nichts gefunden als Enttäuschung; weel und materiell.

Die letzten Zeit ist nun viel über die Filmindustrie geschrieben und gesprochen worden. Die Meinungen gehen aber herab auseinander, daß es für Branchenleiter schwer ist, sich ein Bild über das Wesen und die Bedeutung, wie über die heutige Lage der Industrie zu machen. Auch die Fachleute selbst hat man öffentlich befragt und das ist das Meiste. Sie kommen im Berliner Tageblatt zu Wort und da äußert sich z. B. Hanns Pippmann, der Direktor der Gloria-Film-Gesellschaft, dem es bekanntlich gelungen ist, den namhaftesten deutschen Filmstar Henry Potier für die nächste Saison zu verpflichten, u. a. wie folgt: „Mit der freien Einfuhr, die zu erwarten ist, werden wir vor einem überfüllten Markt stehen, dafür sorgt schon die allseitige Palata — der anderen.“ Dann weiter: „und es muß ausgesprochen werden, daß Millionenvermögen in das Reich der Fabel gehören. Mit solchen Vorstellungen muß ebenso gebrochen werden wie mit dem Wahn der Stargagen und mit dem anderen Wahn, daß unsere in minderwertiger Palata hergestellten „Monumental-Filme“ fernerehin den Konkurrenzkampf aufnehmen könnten gegen den amerikanischen Großfilm.“ — Man könnte das

mit der Ueberschrift „Paradox“ versehen, denn es ist nicht nötig, daß man Kaufmann oder Bankmann ist, um diesen Widerspruch bezüglich der Palata zu konstatieren. Demgegenüber meint Herr Davidson, der Direktor der Ufa-Union, man müsse für das kommende Spieljahr mit einer nicht beträchtlichen Einfuhr ausländischer Filme rechnen und darum müsse die deutsche Fabrikation darauf bedacht sein, ihre Filme noch hochwertiger herzustellen.

In der Handelszeitung des Berliner Tageblatts, Nr. 62, heißt es: „Alles, was beim Film tätig ist, verdient schweres Geld. Die Künstler, Manager, Direktoren, Generaldirektoren (beim Film gibt es bekanntlich sehr viele „Generaldirektoren“ und jeder zweite Mensch ist Direktor) sehen sich sehr gut, für die Aktionäre oder sonstigen Kapitaleinleger kommt aber nicht viel heraus.“ Hier wie dort Verzerrung und Uebertreibung oder absichtlich falsche Darstellung. Tatsache ist, daß die Gagen für die Künstler eine Höhe erreicht haben, die aus Märschenhöhe grenzt. Eine Reihe bedeutender Einzelunternehmen hat sich jetzt zusammengeschlossen, um eine Konvention zu bilden, deren Zweck es ist, normale Gagen für die Filmschauspieler festzusetzen. Was ist aber an der abnormen Höhe dieser Gagen schuld?

Während des Krieges, besonders in den Jahren 1916 bis 1918, als die Branche im höchsten Stadium ihrer Entwicklung war, und der größte Teil der geschulten technischen wie auch der künstlerischen Kräfte im Kriegsdienst stand, überboten sich die Firmen gegenseitig, um sich einen erprobten Operateur oder einen namhaften Schauspieler zu verpflichten, denn das Geschäft ging damals so gut, daß keine Sparjamkeit in der Bezahlung nötig war. Außerdem bildete sich das sogenannte Star-System heraus, denn einzelne Firmen machten ihr gutes Geschäft mit dem Namen des Hauptdarstellers, der vielleicht durch einen gut gelungenen Film bekannt geworden war und das fand Nachahmung. Es begann nun ein Wettstreit darin, den Künstler oder die Künstlerin populär zu machen. Diese Popularität wurde meist dem Geldgeber oder Manager insofern dankt, denn der Künstler stellte entweder außerordentliche Gehaltsansprüche der Aufwandskosten, wie der Nennung seines Namens oder er suchte und fand einen Geldgeber, der ihm eine eigene Gesellschaft gründete. Bald gab es eine Paul-Heidemann-Film-Gesellschaft eine Fern-Andra-Film-Gesellschaft, eine Bohnen-Film-Gesellschaft, eine Decarli-Film-Gesellschaft usw. Und heute wundert man sich, wenn man am Anfang eines Films vor Renennung der Hauptdarsteller liest: Manuskript von ... Regie ... Kostüme geliefert von ... Entwürfe und Dekorationen von ... Technische Leitung ... Photographie ... Da ist es doch ganz natürlich, wenn alle diese Leute glauben, über ihrem Haupte strahlt ein Stern von besonderem Glanze. Es zeigt, daß die Fabrikanten sich ihre Erfahrungen nicht zurecht gemacht haben, sondern nach wie vor müssen sie die Popularität, die sie selbst den Künstlern verliehen haben, schwer bezahlen. Die öffentliche Meinung hat also recht, wenn sie das Starwesen ein Starwesen nennt.

Im übrigen bezeugt die Tatsache, daß sich heute weite Kreise in Handel und Industrie mit der Filmbranche beschäftigen, daß es hier mit einem wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben zu tun hat. Ob es aber die Filmindustrie nötig hat, Millionen-Filme zu machen oder ob es nicht besser sei, zum soliden guten Spielfilm zurückzukehren, der — ohne große besondere Bauten zu verlangen (für den Golem hat man in Tempelhof ganze Stadtteile errichtet) — doch technisch einwandfrei, hochwertig in künstlerischer und lauber und einfach in Regie und Ausstattung ist, das ist eine Frage, die sich wahrscheinlich aus sich selbst heraus lösen wird, denn es ist nicht anzunehmen, daß nach einer schlechten Bilanz des letzten Wirtschaftsjahres die Kapitalisten auch fernerehin bereit sind, derartige Experimente zu machen.

Was nun die Dienste des Films in Technik und Wissenschaft anbelangt, so haben sie besonders in neuester Zeit eine große Steigerung erfahren. In Unterrichtsanstalten jeder Art, in Kliniken und Krankenhäusern leistet der Film tagtäglich theoretisch und praktisch reiche Arbeit und der Reichsbund deutscher Technik sucht ihn ebenfalls für seine Zwecke zu benutzen.

Hier trägt die Erfindung des Films wundervolle Früchte und, nachdem der Lehrfilm überall von der Wissenschaft ernst genommen wird, ist zu hoffen, daß man ihn weitverbreitet und verbessert.

Welcher Art sind nun eigentlich die Betriebe, in denen dieses Filmmaterial tätig ist? Da ist erstens die Herstellung des Rohfilms. Für Deutschland ist der ausschlaggebende Fabrikant die Agfa, der es gelungen ist, sich eine Monopolstellung zu sichern. Vor dem Kriege war es fast ohne Ausnahme ausländischer Rohfilm, der zur Verarbeitung gelangte und an sich ist es deshalb zu begrüßen, daß nunmehr die deutsche Wirtschaft ihren Nutzen davon hat. Daß dieser Nutzen ein rein kapitalistischer ist, geht uns in dieser sachlichen Artikelserie nicht weiter an. Monopolstellungen von privater Seite sind aber immer für die Allgemeinheit schädlich und das dürfte sich auch schon in der Filmbranche gezeigt haben, denn die Agfa diktiert einfach ihre Preise. In zweiter Linie kommen die eigentlichen Filmfabriken mit Atelierbesitz und Kopieranstalt in Betracht. Hier sind es Handwerker aller Berufe, die ihre Beschäftigung finden und nicht kleiner als die Schar der Handwerker dürfte die Schar der Schauspieler und Statisten sein. Dann gibt es noch die Verleihanstalten, deren Angehörige etwa 2/3 laienmännlich und 1/3 gewerblich ist. Und zum Schluß sind noch da die Theater mit Vorführern, Platanweibern und Musikern. Nebenbei bestehen eine Anzahl Spezialbetriebe für die Anfertigung der Kopien, der Titel, der Photos, der Plakate und der Vorführungs- und Aufnahme-Apparate.

Und in all diesen Betrieben wird schnell und viel gearbeitet, denn in der Natur der Branche liegt ein Arbeitstempo, das manchen atemlos macht. Wenn ein Film für heute angefertigt ist, dann kann der Theaterbesitzer nicht in letzter Stunde abfragen, sondern die Fabrik muß ihn fertigstellen, der Verleiher muß ihn herbeischaffen unter Benutzung aller erdenklichen Hilfsmittel. So kommt es, daß manche Arbeit unbedingt heute verlangt wird, weil es morgen zu spät wäre.

Bemerkenswert in der Filmbranche ist ihre Organisation. Gruppenverbände schließen Verleiher, Theaterbesitzer und Fabrikanten bezirksweise zusammen und Reichsverbände umfassen wieder diese Gruppen. Natürlich liegen die angeführten Gattungen oft in starker Röhre, um aber zum Schluß immer wieder den Arm in Arm heimgucken. Sehr stark ist auch die gewerkschaftliche Organisation. Dazu kommt eine außerordentlich lebhafte Fachpresse, die dafür sorgt, daß morgen in Dabau besetzt ist, was heute einem Kinobesitzer in Ludenwalde passiert. Auch eine Filmkritik gibt es, doch hat sie leider erst zum geringen Teil verstanden, ihre Aufgabe zu lösen.

Konferenz über venereische Krankheiten. In Kopenhagen fand vom 20. bis 25. Mai die erste internationale Nordeuropäische Konferenz über venereische Krankheiten statt. Betreten waren Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden und die Liga der Rote-Kreuz-Gesellschaften, die in Genf ihren Sitz hat. Einberufen war die Konferenz von dem Dänischen Roten Kreuz, das in gastlichster Weise den Teilnehmern an dieser Tagung entgegenkam. Auf der Konferenz wurde eine Uebersicht über die Zustände auf dem Gebiete der venereischen Krankheiten in den verschiedenen, auf der Konferenz vertretenen Ländern durch Einzelberichte gegeben.

Verlesen wurden medizinische Maßnahmen gegen venereische Krankheiten, die Anwendung der Vorbeugung und erzieherische Mittel zur Verhütung und Bekämpfung der venereischen Krankheiten.

Bei diesen Verhandlungen wurden von England Maßnahmen für Seelente im Falle einer Geschlechtskrankheit verlangt. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß in Deutschland für Seelente bereits Behandlungsmöglichkeiten befänden. 1. Alle Seelente befinden sich in einer Seemannskrankenkasse; 2. befinden in deutschen Hafenstädten Beratungsstellen, Post-Kliniken und Krankenhausbehandlung. Es wurde vorgeschlagen, eine gleiche Regelung auf internationalem Wege vorzunehmen und durch einen internationalen Berechnungsmodus die Kosten auszugleichen.

Die Ergebnisse dieser Konferenz dürften recht gut und praktisch sein. Sie bringen zum Vorschein der Allgemeinheit den Gedanken an eine internationale Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Verwirklichung; ob das auf dem Wege, der vom Roten Kreuz eingeschlagen ist, geht oder nicht, muß die Zukunft lehren.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann J. W. Müller Copyright by Der Wallf Verlag Berlin-Galener 1921

Der Abschnitt der fraglichen Anklageschrift lautet folgender: „Der Abschnitt aus der fraglichen Anklageschrift lautet folgendermaßen: ... daß J. S. Woodworth im Monat Juni, im Jahre des Herrn 1919 in der Stadt Winnipeg gelegen in der Provinz Manitoba ungeschicklicherweise und in aufrührerischer Absicht Schmähschriften veröffentlicht hat, in denen sich folgende Worte finden: „Wehe den Schriftgelehrten, die unredliche Gerichte machen und die unredlichen Urteile schreiben, auf daß sie die Sachen der Armen beugen, und Gewalt über im Recht der Elenden unter meinem Volk; daß die Witwen ihre Häuser die Waisen ihre Beute sein müssen ... Sie werden Häuser bauen und bewohnen, sie werden Weinberge pflanzen und an derselben Früchte essen, sie sollen nicht bauen, daß ein anderer besser bewohne, und nicht pflanzen, daß ein anderer esse, denn die Tage meines Volkes werden sein wie die Tage eines Baums und das Wert ihrer Hände wird alt werden bei meinen Auserwählten.“

In diesem Buch wird auch der Centralia-Fall erwähnt. Niemand wird mit Recht behaupten können, daß er die Technik, die Notizen niederzubalten, bis auf ihren Grund verstanden hat, wenn er nicht diesen Fall genau studiert hat; daher sollte jeder Freund des „Großen Geschäfts“ 50 Cts. entweder an das Hauptquartier der J. W. W., 1000 West Madison Street, Chicago, schicken, um sich das Büchlein „Die Centralia-Verurteilung“ von Ralph Chaplin zu verschaffen. Derselbe hatte als Rechtsanwalt mit dem Centralia-Prozess zu tun, hat alle Einzelheiten gesammelt und zusammengestellt und sie nun mit Photographien und anderen Dokumenten veröffentlicht.

Nach einer ganzen Reihe anderer Geschichten über die J. W. W. werden im Laufe des Romans „Hundert Prozent“ erzählt. Der Leser wird wissen wollen, ob diese Leute wirklich so gefährlich sind und ob die Geschäftsleute Amerikas sie wirklich so, wie hier beschrieben, behandelt haben. Der Leser wende sich wiederum an das Hauptquartier der J. W. W. und verlange die vierseitige Broschüre: „Mit Blut ist die

Geschichte der Industriearbeiter der Welt geschrieben.“ Trotz des Umstandes, daß hier nur ein nackter Tatsachenbericht gegeben wird, gibt es sehr viele Menschen, die sich lange in den Gefängnissen der Vereinigten Staaten aufhalten müssen, weil man in ihrem Besitz die Broschüre „Mit Blut“ fand. Aber die Leser dieses Buches, sicherlich alles „hundertprozentige Amerikaner“ werden gewiß ihre Fertigkeit, die Notizen zu vernichten, erweitern wollen und sich in keiner Weise durch die Taktik der „Geschäftsleute“ getroffen fühlen. Auch glaube ich, daß die Geschäftsleute nichts dagegen haben werden, wenn ich einige Absätze aus der Broschüre hier nachdrucke, damit die Deffentlichkeit einmal einsieht, wie gefährlich diese Notizen schreiben können:

Ich werde natürlich ihrem aufrührerischen Beispiel nicht folgen und mein Papier mit großen Tropfen imitierten Blutes besudeln. Ich zitiere:

„Wir behaupten, daß J. W. W. Mitglieder gemordet worden sind und erwähnen hier einige von denen, die man ums Leben brachte.“

Josef Michalski wurde von Hausen sogenannter Bürger zu Tode geschossen. Michael Hoey wurde in San Diego zu Tode geprügelt. Samuel Chinn wurde in dem Gefängnis zu Spokane, Washington, so grausam geschlagen, daß er an seinen Wunden starb. Josef Hillstrom wurde in den Mauern des Erziehungshauses in Salt Lake City, Utah, gemordet. Anna Lopez, eine Textilarbeiterin, wurde angeschossen und getötet, wie auch zwei andere Arbeitsgenossen während des Streiks in Lawrence, Massachusetts. Frank Little, ein Krüppel, wurde von Mitgliedern des Kupfertrusts in Butte, Montana, getötet. John Rooney, A. Robinowich, Hugo Gerlot, Gustav Johnson, Felix Baron u. a. wurden von einem Hausen Lumber-Trust-Soldaten auf dem Dampfer „Perona“ im Dock zu Everett, Washington, getötet. J. A. Cella wurde verhaftet und wieder verhaftet in Seattle, Washington; bis er endlich an den Wirkungen der entsetzlichen Behandlung, die ihm zuteil wurde, starb. Vier Mitglieder der J. W. W. wurden in Grabow, Louisiana, getötet, wo dreißig andere angeschossen und ernstlich verwundet wurden. Zwei Mitglieder der J. W. W. wurden hinter einem Automobil in Reichian, Alaska, zu Tode geschleift.

Dies sind nur einige wenige von den vielen, die ihr Leben hingeben mußten auf dem Altar der Gier, die geopfert wurden in dem epigen Kampf der Arbeiterbewegung.

Wir behaupten, daß viele tausend Mitglieder unserer Organisation ins Gefängnis geworfen worden sind, meistens ohne Befehl verhaftet und im Gefängnis gehalten ohne Anklage. Um sich über die Wahrheit dieser Behauptung zu orientieren, braucht man nur den Bericht der Kommission für industrielle Verhältnisse zu lesen, in dem Zeugnis dafür abgelegt wird, daß fast neunhundert Männer und Frauen während des Textilarbeiterstreiks in dieser Stadt in das Gefängnis eingesperrt worden sind. Dieser selbe Bericht führt die Tatsache an, daß im Verlauf des Seidenarbeiterstreiks in Paterson in New Jersey fast 1900 Männer und Frauen ohne Anklage und ohne Grund eingekerkert worden sind. Im Nordwesten sind solche Gewalttätigkeiten vor allen Dingen immer gegen Mitglieder der J. W. W. in Anwendung gebracht worden. Die Bezirks- und Stadtgefängnisse in fast jedem Staat der Union sind mit Mitgliedern unserer Organisationen belegt.

Wir behaupten, daß Mitglieder unserer Organisation mißhandelt worden sind. Franc S. Meyers wurde von einem Hausen bekannter Bürger in Nord-Yakima, Washington, mißhandelt. D. S. Diez wurde von einer Masse Menschen, die von Vertretern des Lumber-Trusts angeführt wurden, in Sedrow-Boolee, Washington, mißhandelt. John L. Mehen, juristischer Verteidiger der J. W. W., wurde mißhandelt und fürchterlich geschlagen von einem Hausen von Bürgern in Staunton, Illinois. In Tulsa, Oklahoma, haben einige Bankiers und andere Geschäftsleute 17 Mitglieder der J. W. W. aufgegriffen, sie in Automobile verladen, dann vor die Stadt in eine Waldlichtung gefahren und sie dort mißhandelt und mit einem Seil geschlagen.

Wir behaupten, daß Mitglieder der J. W. W. deportiert worden sind und erinnern an den Fall von Bisbee, Arizona, wo 1164 Bergarbeiter, viele Mitglieder der J. W. W., aus ihren Wohnungen herausgeschleppt, auf Viehwagen verladen und verandt wurden. Sie wurden monatelang in Columbus, New-Mexiko, festgehalten. Eine Reihe von Mitgliedern wurde aus Jerome, Arizona, deportiert. Sieben Mitglieder der J. W. W. wurden aus Florence, Oregon, deportiert und irren tagelang in den großen Wäldern umher. Tom Raffiter, ein Krüppel, der Zeitungen verkaufte, wurde mitten in der Nacht ausgehoben und von einem Mob schrecklich geschlagen weil er den „Liberator“ und andere radikale Blätter verkauft hatte.

(Schluß folgt.)

Unser Angebot

Herren-Berufsstiefel Lederkappe Lederbrands. **49⁸⁵**
Braune Herrenstiefel aus Rindbox Rahmenarb. **195⁰⁰**
Braune Herren-Halbschuhe aus Rindbox, Rahmenarbeit. M. **165⁰⁰**
Lack-Herren-Halbschuhe spitze, amerikanische Form. M. **165⁰⁰**

Schwarze Herrenstiefel aus Rindbox, gute Verarbeitung. M. **98⁸⁵**
Schwarze Herrenstiefel Rahmenarbeit, echt Chevreau u. Boxcalf. . . M. **198⁵⁰**
Schwarz-Damen-Halbschuhe Roß-Chevreau, Lederkappe, Lederbrandsohle, M. **68⁵⁰**
Braune Damenstiefel in Boxcalf, Rahmenarbeit, Hochschaff. M. **198⁸⁵**

Schwarze Damenstiefel mit Lackkappe, M. **98⁸⁵**
Roß-Chevreau-Kinderstiefel moderne breite Form, Gr. 31/35, M. 62⁰⁰, Gr. 27/30 **54⁰⁰**
Braune Kinderstiefel breite Form, hoher Schaff, Sohle welligedoppelt, Gr. 31/35, M. 118⁰⁰, Gr. 27/30 **98⁵⁰**
Weiß Leinen - Kinderstiefel eleg. Schaff, vornehm Form, Gr. 31/35, 70⁰⁰, Gr. 27/30 **59⁰⁰**

Oxford-Schuhe und Pumps 128⁸⁵
 aus Lackleder, braun Chevreau und Boxcalf, randgenäht. . . M.

Wiederverkäufer bitten wir Sonder-Offerte einzuholen

Wir bieten trotz der niederen Preise nur gute Qualitäten, die angeführten Preise sind einige Beispiele unseres Angebotes.

„Der Schuhhof“

Inhaber Theodor David
 Berlin W 9, Linkstraße 11

Zweigniederlassung: Spandau, Breite Str. 22.

Billige Arbeiterstiefel!
 gut durchgepariert, neu beschl.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,-
Schaffstiefel, Paar Mark 50,-
 sowie Gamaschen und Leder alle Welt an außerordentlich billigen Preisen.
Mittelmäntel, Röcke u. Hosen
 in jeder beliebigen Größe.
 Eisenberg Str. 11, Laden 4. Fernschiffstr. 28, Ecke Hauptstr.
 Berlin O, Frankfurter Allee 317
 Charlottenburg, Schwanenstraße 31.
 Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Neb.-Anschl.)

Gold PLATIN Silber
 alle Gerichte, Brennpfiffe, Kontakte usw.
 Solange erhält, Verbindung kann ich - wie 1910/20 - eine
 kleine Menge zahlen! - Stoffpreise Substitutionsergänzung.
 Berlin O., Stallpferdestraße 17 pt., Ecke Alexanderstraße
Wo gibt die billigsten Seifen
 bei Seifenschneller, Pücklerstraße 44.

Laufketten 40, 50, 60 cm
Luftschläuche 10, 15, 20 cm
 Versand nach anywhere
 Eugen Schmidt, Bin. Badstr. 13
Maschinenfabrik
 kauft in jeder Menge
 auch kleine Mengen
 Altmetalle und Eisen
 Thurnau & Co.,
 Dresden Str. 11, Moritzpl. 11545

Geld
 für jede Maschine, Möbels
 Kaufpreise für Pianoforte,
 Seilanten, Goldschmiede,
 Kupfer, Silber usw. Weltf.
 Friedrichstr. 41, III. Ecke Koch-
 strasse.

Wanderkarten
 für alle Gebirge erhält man in der
 Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Wer sparen muss mit seinen Kohlen
 Lässt sich Persil zur Wäsche holen!



Geringer Kohlenverbrauch, da nur einmaliges viertelstündiges
 Kochen. Größte Wuschwirkung, die Wäsche wird blütenweiß, frisch
 und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in
 Original-Packung, niemals lose.

Ausschließliche Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Soeben erschienen!

Russische Korrespondenz

Nummer 5

Inhalt: N. Lenin: Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Russlands (Neben die National-
 Revolut.). / Lieber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften (Neben von G. Sinowjew, D. Trotski
 und W. Schlapnikow auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands, Moskau, März 1921). / N. Lenin:
 Lieber die Einheit der Partei (Neben auf dem X. Kongress der K. P. U. R.). / N. Gucharin: Lieber den Parteibau
 (Neben auf dem X. Kongress der K. P. U. R.). / V. Seljmann: Aufbau der wirtschaftlichen Organisationen in Sowjet-
 Russland. / G. Gerga: Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Russlands. / Lenin's Rede auf der Weltwirtschaftlichen Konferenz
 der Transportarbeiter. / Der englisch-russische Handelsvertrag. / Verträge zwischen Russland und Persien. /
 Vertrag zwischen Russland und der Türkei. / Friedensvertrag zwischen Ukraine und
 Polen. / J. Wappoport: Die Wirtschaft Turkestan im Jahre 1920. / H. Seljmann: Das Problem des Arbeitslohnes.

128 Seiten

Preis Mark 5.-

128 Seiten

Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
 Frankfurter Allee



Sonderpreise für Kinderbedarfsartikel!

Mädchenhemden Fasonschneid, m. Ständer, 1 bis 13 Jahre **8⁵⁰ bis 24⁵⁰**
Mädchen-Beinkleider Kniefalten, mit Ständer, 1 bis 13 Jahre **11⁷⁵ bis 27⁵⁰**
Prinzessröcke gutend, mit Ständer, für 1 bis 13 Jahre, **17⁵⁰ bis 52⁰⁰**
Mädchen-Nachthemden babyfit, mit Ständer, für 3 bis 13 Jahre, **25⁵⁰ bis 49⁵⁰**
Knabenhemden mit Aus-
 schnitt und Falten, für 1 bis 13 Jahre **10⁵⁰ bis 29⁵⁰**
Nachthemden
 für Knaben, Größe-Form, mit farbigen
 Besatz, für 3 bis 13 Jahre, **28⁵⁰ bis 59⁵⁰**
Dirndlstoffe schöne Dessins, Meter **13⁵⁰**
Schotten für Kinderkleider, doppeltbreit **19⁵⁰**
Cheviot für Schalkleider, doppeltbreit, Mtr. **29⁵⁰**
Kinder-Taschenflücher
 mit Holzkamm, Stück **1⁵⁰**
Kinder-Taschenflücher
 ohne kariert, Stück **1⁵⁰**
Kinder-Taschenflücher prima Leinwand,
 mit Holzkamm, Stück **2⁵⁰**
Knaben-Sportgürtel Gemalt **7⁵⁰**

Waschbare Kittel
 45 bis 55 cm lang, verschiedene
 Stoffe, zirka 45 cm lang, **14⁰⁰**
 jede weit, Größe 2,50 M. mehr
Dirndkleider
 45 bis 100 cm lang, Blumen-
 muster, mit Schürze, **22⁰⁰**
 zirka 45 cm lang,
 Jede weit, Größe 5,00 M. mehr
Kinderkleider
 waschbar, 50 bis 100 cm lang aus
 Baumwoll-Mixtur, **25⁰⁰**
 zirka 50 cm lang,
 Jede weit, Größe 3,00 M. mehr,
 bis 70 cm, 4,00 M. mehr
Mädchenkleider
 waschbar, 50 bis 100 cm lang, mit
 mittlerer Leinwand, **39⁰⁰**
 zirka 50 cm lang,
 Jede weit, Größe 4,00 M. mehr
Knabenanzüge
 waschbar, für 2 bis 8 Jahre, Ein-
 knöpfhemd, **51⁰⁰**
 Made für 2 Jahre,
 Jede weit, Größe 3,00 M. mehr

Weisse Stoff-Kinderstiefel
 beste Verarbeitung
 Größe 29 und 25 **56⁰⁰** Größe 30 **64⁰⁰** Größe 31 bis 35 **72⁰⁰**
Schwarze Kinderstiefel
 Roß-Chevreau, mit Lackkappe
 Größe 23 und 24 **53⁰⁰** Größe 25 und 26 **59⁰⁰**
Schwarze Ledersstiefel mit Lackkappe,
 solide Verarbeitung
 Größe 27 bis 30 **85⁰⁰** Größe 31 bis 35 **98⁰⁰**
Knaben-Stiefel schwarze Beschaff, gutes
 Fabrikat, starke Beschulung, besonders preiswert **120⁰⁰**
Schiller-Vorhemden **7⁵⁰**
Knaben-Sporthemden
 mit gestreiftem
 Zeugnis, 30 cm **39⁰⁰** 80 cm **42⁵⁰** 90 cm **47⁵⁰**
Knaben-Stroh Hüte Matelot-Form **8⁵⁰**
Kinder-Südwestler **14⁵⁰**
Knabenräger mit Gummigurt **5⁵⁰**

Matrosenhüte
 für Knaben
 u. Mädchen **2⁵⁰ 4⁵⁰**

Spielhöschen
 waschbar, für 2 bis 4 Jahre, aus
 einfarbig u. gestreift, **16⁰⁰**
 Stoffe, 1 ca. 2 Jahre
 Jede weit, Größe 2,00 M. mehr
Burschenanzüge
 waschbar, für 9 bis 14 Jahre, be-
 stehend aus gestr. Sportheim u.
 marinebl. Gürtelhose
 für zirka 9 Jahre, **72⁰⁰**
 Jede weit, Größe 3,00 M. mehr
Loden-Pelerinen
 70 bis 100 cm lang, imprä-
 gnieret, zirka 70 cm
 lang, **95⁰⁰**
 Jede weit, Größe 6,00 M. mehr
Kinderschürzen
 Halbform, aus guten Weid-
 stoffen, verschiedene
 Grö., durchweg St. **14⁵⁰**
Kinderschürzen
 aus Water u. Kretonne, in ver-
 schiedenen Größen, **24⁵⁰**
 durchweg, Stück

Kindersöckchen
 Baumwolle, schwarz u. farbig, Gr. 1 bis 5 **2⁰⁰ Größe 3⁵⁰**
 6 bis 9
Kindersöckchen Baum-
 wolle, farbig, mit Wulst, Gr. 1 bis 5 **4²⁵ Größe 5⁵⁰**
 6 bis 9
Kinderstrümpfe
 Baumwolle, schwarz leder, weiss,
 Größe 2 bis 6, **7⁵⁰ Größe 9⁷⁵**
 7 bis 11
Anknöpfhöschen
 Baumwolle, moko/weiß, Größe 40 u. 45 **11⁵⁰ Größe 13⁰⁰**
 50 u. 55
Knabenjacken moko/weiß,
 1/2 Arm, Größe 1 und 2 **11⁵⁰ Größe 13⁰⁰**
 3 u. 4
Kindersweaters
 Baumwolle, farbig, 1/2 Arm, Gr. 40 u. 45 **12⁵⁰ Größe 14⁰⁰**
 50 u. 55
Kinder-Leibhöschen
 Baumwolle, moko/weiß und weiss,
 1/2 Arm, Größe 50 bis 70 **16⁵⁰ Gr. 90 18⁰⁰**
 bis 110
Knabenhemden
 moko/weiß, Größe 1 und 2 **14⁵⁰ Größe 16⁰⁰**
 3 und 4
Knabenhosen moko/weiß, **12⁵⁰ Größe 14⁰⁰**
 Größe 1 u. 2
Weisse Garnituren (Kragen,
 Manschetten) **6⁷⁵**
Kiel-Garnituren (Kragen,
 Manschetten) **9⁷⁵ 13⁷⁵**
Kieler Knoten **2⁰⁰ 4²⁵**
Haarbänder (verschiedene Stoffe) **schwarz und farbig**
 zirka 5 1/2 cm **5⁵⁰ zirka 7 1/2 cm **7⁵⁰ zirka 11 1/2 cm **9⁵⁰****
 Meter**

Die Konsumgenossenschaft gegen die Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften

Das Organ der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend bringt in Nr. 8 vom 4. Juni d. J. einen Vortrag von Paul Lange unter dem Titel: „Wie Nahrungs- und Bedarfsartikel „verbilligt“ werden.“ In diesem Vortrage hat Herr Lange, nachdem er verschiedene Praktiken der Warenverbilligung kritisch beleuchtet hat, in bezug auf die Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften folgendes ausgeführt:

Eine ähnliche Aktion hat Herr Sigmund Braun unternommen, der sein Geschäft unter dem Namen „Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften, Sigmund Braun“ hat eintragen lassen. Herr Sigmund Braun und sein juristischer Kompagnon, Dr. Hermann, hatten es verstanden, mit dem Reichsarbeitsministerium Verbindungen anzuknüpfen, dort 25 Millionen Mark locker zu machen, mit denen beide nun auf ihre Weise die Warenverbilligung gewerkschaftlich betrieben. Braun und Dr. Hermann spannten die Gewerkschaften aller Richtungen vor ihren Wagen, was ihnen nach monatelangen Verhandlungen gelungen war, indem sie z. B. den freien Gewerkschaften androhten, sich sonst nur einer Kontrolle der christlichen zu unterstellen und umgekehrt. Braun und Dr. Hermann hielten hernach sich möglichst im Hintergrund und betrieben ihre Kessame unter dem Namen der Gewerkschaften. Mit der Unterschrift „Berliner Gewerkschaftskommission“ verteilten Braun und Dr. Hermann u. a. folgende Zettel:

„Arbeiter und Angestellte Berlins! Eure Rot an Ober- und Unterbekleidung zu lindern und gleichzeitig euren Kollegen der Bekleidungsindustrie Arbeit zu schaffen, ohne daß die Unternehmer die üblichen Gewinne dabei erzielen, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Kleidung und Wäsche aller Art unter seiner Kontrolle herstellen lassen . . .“

Die Angabe, daß die durch Herrn Braun gelieferten Waren unter der Kontrolle der Gewerkschaften hergestellt werden, ist natürlich falsch. Sie wird auch nicht dadurch bewiesen, wenn Herr Braun etwa behaupten sollte, es würden den Gewerkschaftsvertretern Preiskalkulationen vorgelegt. Mit solchen Kalkulationen kann man wohl kleinen Kindern, nicht aber erwachsenen Menschen imponieren. Am allerwenigsten jetzt, nachdem am 24. März 1921 die Unternehmerzeitschrift „Konfektionär“ ausgeplaudert hat: „Ein großer sächsischer Fabrikantenverband hat unlängst die Einführung einer Mindestkalkulation für seine Mitglieder beschlossen. Das bedeutet, daß jede Fabrik bei ihren Angeboten einen für alle Betriebe gleichmäßig festgelegten Kalkulationsfuß nicht unterschreiten darf.“ Also von einer Kontrolle über die Herren Braun und Hermann kann keine Rede sein. Die Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften sorgt allerdings dafür, daß die Unternehmer nicht die üblichen Gewinne dabei erzielen. Sie hat es nämlich dahin gebracht, daß die Unternehmer mehr als die üblichen Gewinne erzielen. Infolge ihrer guten Verbindungen mit dem Reichsarbeitsministerium haben Braun und Hermann die Zusage erhalten, daß, wenn die Gewerkschaften, die den Unternehmern ihre Waren zu hohen Preisen abgenommen haben, diese nicht loswerden, dann das Reichsarbeitsministerium aus Reichsmitteln den Konjunkturverlust trägt. Das ist auch tatsächlich geschehen. Nachdem sich im Februar, März und April 1921 herausgestellt hatte, daß die Preise der Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften höher waren als im Privathandel, senkte sie diese herab. Den so entstandenen Konjunkturverlust hat das Reich übernommen, das für diesen Zweck zunächst 10 Millionen Mark ausgeworfen hat. Im Geschäftsleben muß sonst das Unternehmertum den Konjunkturverlust selbst tragen. Die Textilunternehmer, die mit Braun und Hermann in Verbindung stehen, haben das nicht notwendig, weil — wie gesagt — das Reich diese Verluste übernimmt. Das Reich hat indes keine unerschöpfliche Geldkiste, aus der es diese Verluste decken kann, sondern diese Verluste werden den Konsumenten durch direkte, in der Hauptsache aber durch indirekte Steuern aufgezwungen. Außerdem hatten Braun und Hermann ausichtsreiche Verhandlungen angeknüpft, von der Umsatzsteuer befreit zu werden.

Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Der Reichskredit von 25 Millionen Mark ist nicht den Herren Sigmund Braun und Dr. Hermann, sondern den Gewerkschaften aller Richtungen eingeräumt worden, die damit die von ihnen gekauften und in ihrem Auftrag angefertigten Waren bezahlen. Herr Braun, unter dessen Namen die Firma in das Handelsregister eingetragen wurde, ist den Gewerkschaften gegenüber der Einkäufer, weil er Kaufmann ist, und zur Beurteilung, ob eine Ware qualitativ gut oder gering ist, Sachkenntnis gehört. Herr Braun kann aber nicht nach Belieben große Posten von Waren kaufen, die ihm die Gewerkschaften dann abnehmen müssen, sondern er hat nur dafür zu sorgen, daß die täglich eingehenden Bestellungen möglichst schnell erledigt werden. Die Kontrollkommission hat das Recht, durch Entziehung des Vertrauens Herrn Braun zum Rücktritt zu veranlassen und die Firma zu löschen.

Die Kontrolle der Fabrikanten, die für die Warenverforgungsstelle Aufträge bekommen, besteht darin, daß sie beim Abschluß des Kaufvertrags folgende Bedingungen anzuerkennen haben:

1. Der Kaufpreis deckt sich mit der zum Abschluß obigen Kaufvertrags vorgelegten Kalkulation.
2. Auf Verlangen sind dem Käufer zum Nachweis über die Kalkulation die Belege über die Zusammenlegung der Kalkulation vorzulegen.
3. Der Verkäufer verpflichtet sich, in die Kalkulation nur die tarifmäßigen Löhne einzusetzen und auf Verlangen auch den Nachweis über die Bezahlung der tarifmäßigen Löhne zu führen.
4. Der Verkäufer verpflichtet sich, den Vertreter einer der deutschen Gewerkschaften als Beauftragter des Käufers anzuerkennen und ihm auf Verlangen eine Kontrolle über die in 1 bis 3 eingegangenen Verpflichtungen zu ermöglichen, sowie die Abnahme der gekauften Waren durch ihn vornehmen zu lassen.

Es wäre den Konsumvereinen sehr zu empfehlen, die in diesen Genossenschaften organisierte Macht der Verbraucher den Fabrikanten gegenüber viel mehr, als dies bis jetzt geschehen ist, in ähnlicher Weise auszunutzen. Zu bemerken ist ferner noch, daß Arbeiterproduktionsgenossenschaften und von Gewerkschaften errichtete Betriebe von der Warenverforgungsstelle ebenfalls zu Lieferungen herangezogen werden. Daß die Unternehmer als Lieferanten der Warenverforgung mehr als die üblichen Gewinne erzielen, ist eine Behauptung des Herrn Lange, für die er nicht den Schatten eines Beweises erbracht hat.

Daß im Februar, März und April dieses Jahres, wie in allen Geschäften, so auch in der Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften die Preise für einen Teil der Waren herabgesetzt worden sind, ist richtig; aber doch nicht deshalb, weil sie zu teuer eingekauft waren, sondern weil die Tagespreise im allgemeinen gefallen waren. Diese Senkung der Preise hatte ihre Ursache in dem Preissturz der Baumwolle.

Nun ist in dem mit dem Reich abgeschlossenen Vertrag vorgesehen, daß die durch die veränderte Marktlage bedingte Herabsetzung der Warenpreise der Warenverforgung deutscher Gewerkschaften entstehenden Verluste bis zur Höhe von zehn Millionen Mark aus dem Fonds für produktive Erwerbslosenfürsorge getragen werden. Wenn Herr Lange, ebenso wie die Händler, dies als eine Befreiung der Steuerzahler bezeichnet, so ist das Geschmackssache. Dann ist nach seiner Anschauung jede Ausgabe aus dem Fonds für produktive Erwerbslosenfürsorge, einschließlich der Arbeitslosenunterstützung, eine solche Befreiung, also auch die Notstandsarbeiten der Gemeinden, die Zuschüsse für Siedlungen und Instandsetzungen von Wohnungen. Dann fällt darunter auch die Verbilligung der Manufakturwaren, welche die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von den Textilfabrikanten in Gera übernommen haben, sowie die aus Mitteln des Reichs verbilligten Schuhwaren von den Fabrikanten in Pirmasens. Dagegen gehen jedoch die Forderungen der Gewerkschaften aber dahin, den Abbau der Erwerbslosenfürsorge durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zu fördern und zu diesem Zweck Darlehen und Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen. Auf diesen Grundsatz ist die Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften aufgebaut. Der Unterschied zwischen der Warenverteilung und dem Handel soll darin bestehen, daß im ersteren Fall die Waren zum genau kalkulierten Fabrikpreis mit einem geringen Aufschlag für die durch die Verteilung entstehenden Kosten an die Verbraucher abgegeben werden sollen. Das ist aber nur möglich, wenn das Risiko der Preisschwankungen und speziell das Risiko der Valutadifferenz nicht mit einkalkuliert zu werden braucht, sondern vom Reich getragen und diesbezügliche Verluste aus dem Fonds für produktive Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden. Denn gerade das Risiko der Valutadifferenz hat alle Fabrikanten und Händler, einschließlich der Genossenschaften, gezwungen bzw. veranlaßt, die Waren mit einem Aufschlag zu beladen und sie dadurch noch mehr zu verteuern.

Die schnelle Entwicklung der Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften zeigt am besten, daß die Konsumvereine ebenfalls andere Wege einschlagen sollten, anstatt sich über die Konkurrenz gewerkschaftlicher Unternehmungen zu beschweren.

Vor Gründung der Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften haben Besprechungen mit Vertretern des Zentralverbandes und der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine stattgefunden, deren Ergebnis der Genosse Graßmann in folgenden Sätzen zusammenfaßt:

1. Die Vertreter der Gewerkschaften sind einstimmig der Auffassung, daß auf dem Gebiet der Kleiderbeschaffung etwas geschehen muß.
2. Die Genossenschaftsvertreter erklären sich bereit, den hier erörterten Plan im engeren Kreise gründlich zu beraten und zu prüfen.
3. Mit der Regierung sollen Verhandlungen eingeleitet werden über die Frage einer eventuellen finanziellen Unterstützung des Projekts und über die weitere Frage der Sicherstellung der Konsumgenossenschaften vor Neueingriffen.

Darauf sind dann aber nicht nur Wochen, sondern Monate vergangen, ohne daß dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes irgendeine Nachricht zugegangen ist, so daß inzwischen die jetzt so stark bekämpfte Gründung der Warenverforgungsstelle erfolgt ist.

Es besteht auch heute noch nicht die Absicht, die Konsumvereine zu bekämpfen oder die Gewerkschaftsmitglieder von dem Eintritt in dieselben fernzuhalten. Wenn die Mitglieder der Gewerkschaften in den Konsumvereinen ebenso gut oder noch besser bedient werden wie in den Verteilungsstellen der Warenverforgungsstelle, so wird das für die Genossenschaften eine größere Wirkung ausüben, als alle Angriffe auf gewerkschaftliche oder andere Konkurrenzunternehmen und auf die in denselben tätigen leitenden Personen. Uns scheint aber eine Umstellung zur schnelleren Entwicklung der Konsumvereine dringend notwendig zu sein, um den Mitgliedern bei ihrem Einkauf in dieser schweren Zeit sichtbare Vorteile bieten zu können. Der Reichskredit, wie auch die Zuschüsse aus dem Fonds für die produktive Erwerbslosenfürsorge müssen den Konsumvereinen ebenfalls zur Verbilligung der Waren zur Verfügung gestellt werden, so daß die Warenverforgung durch die Gewerkschaften überflüssig wird. Der Bezug von verbilligter Ober- und Unterbekleidung, Textil- und Schuhwaren muß der großen Masse der Gewerkschaftsmitglieder durch die Konsumvereine möglich gemacht werden. So wie bei der Gründung der Hamburger „Produktion“ das Ziel der Eigenproduktion in den Vordergrund gestellt wurde, müßte auch in diesem Falle die Verbilligung der Waren als Ziel vorangestellt werden, dann würde eine Ueberleitung der Warenverforgungsstelle deutscher Gewerkschaften an die Konsumvereine möglich sein. Beschließt dies nicht, dann ist jede Kritik an der durch die Gewerkschaften den Konsumvereinen entstandenen unliebsamen Konkurrenz, ohne den Verbrauchern einen Weg zu zeigen, wie es anders gemacht werden kann, zwecklos und wird dieselbe infolgedessen unbeachtet bleiben.

Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften

Arbeiter und Angestellte Berlins!

Als Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Berliner Gewerkschaftskommission die Versorgung der Arbeiterschaft und Angestellten Berlins mit

Kleidung / Wäsche und Schuhwaren

in die Hand genommen. / Die Waren gelangen zur Verteilung:

Zimmerstraße 68

Sebastianstraße 37/38

Betriebswerkstätte des Schneiderverbandes

Engelufers 20, Transportarbeiterverband

Charitéstraße 3, A.E.G. Konsumverein

Schönhauser Allee 173

Eingang Schwedter Straße

Reichsdruckerei, Oranienstr. 91

Nur für Arbeiter des Betriebes

Am Comeniusplatz 4

Gitschiner Straße 19

Für Arbeiter aller Gasanstalten

Schneiderei-Genossenschaft

„**Hoffnung**“, Berlin N, Brunnenstr. 185

Spandau, Friedrichstr., Ecke Achenbergstr.

Karlshorst, Waldsiedlung

Hegemeisterweg 54

Potsdam, Alexandrinenstr. 4

Die Ware kann in der Zeit von 9 Uhr vormittags
bis 6 Uhr abends besichtigt und gekauft werden.

Berliner Gewerkschaftskommission

I. A.: Sabath